

# Fragen und Antworten

zur Berliner Regierungsbeteiligung

**DIE LINKE.** PDS





Am 17. September 2006 wird in Berlin gewählt. Es wird eine Premiere geben. Denn erstmals können auch Jugendliche ab 16 Jahre an den Wahlen der Bezirksverordnetenversammlungen teilnehmen. Und obendrein können sich die Berlinerinnen und Berliner für eine Verfassungsänderung entscheiden, die dann mehr direkte Demokratie auf Landesebene bewirkt. Das hat die Linkspartei.PDS Berlin immer gewollt und das ist ein Ergebnis nach fünf Jahren Rot-Rot in der Hauptstadt.

Rot-Rot in Berlin ist ein Dauerthema: in der Linkspartei, in Berlin und darüber hinaus. Das finde ich gut. Allerdings werden auch eifrig Legenden verbreitet. Das ist schlecht. Die ärgste heißt: Auch die Linkspartei.PDS Berlin betreibe eine neoliberale Politik. Das Gegenteil ist der Fall. Am markantesten wird der Unterschied, wenn es eng wird, wo das liebe Geld ein Machtwort spricht. Während die Bundesregierung unten nimmt und oben gibt, regiert die Linkspartei.PDS in Berlin mit umgekehrten Vorzeichen.

Mit viel Aufmerksamkeit haben wir registriert, welche Fragen uns immer wieder zu unserer Regierungspolitik in Berlin gestellt werden. Auf die häufigsten antworten wir mit dieser Broschüre. Ich wünsche Ihnen eine kurzweilige und erhellende Lektüre. Und natürlich sind wir wie bisher bereit, mit Ihnen ins persönliche Gespräch zu kommen. Der Wahlkampf bietet dafür sicher zahlreiche Möglichkeiten.

Ihr

Klaus Lederer, Landesvorsitzender

# **1. Warum hat die Linkspartei.PDS das ganze Sparen in Berlin mitgemacht?**

In elf Jahren Großer Koalition (CDU und SPD) wurde in Berlin ein einmaliger Schuldenberg aufgehäuft. Eine verfehlte Bundespolitik tat das Ihre dazu. Unter dem Strich hat die Linkspartei.PDS bereits im Berliner Wahlkampf 2001 einen ehrlichen Kassensturz gefordert. Deshalb wollen wir, dass nicht mehr ausgegeben wird, als wirklich verfügbar ist. Und deshalb drängen wir auf eine solide Sparpolitik.

Hinzu kommt: Das Land Berlin kann seine Schulden nicht aus eigener Kraft tilgen. Wir sind auf die Hilfe des Bundes und anderer Bundesländer angewiesen. Wir klagen das vor dem Bundesverfassungsgericht ein. Der Fachbegriff heißt »Haushaltsnotlage«. Wird sie anerkannt, dann muss Berlin – voraussichtlich um 35 Milliarden Euro – entschuldet werden. Die Klage kann aber nur erfolgreich sein, wenn Berlin nicht über seine Verhältnisse lebt.

Die Sparpolitik der Berliner Linkspartei.PDS hat daher drei Aspekte: Wir achten mit Argusaugen darauf, dass es bei allen nötigen Kürzungen nicht zu sozialen Schieflagen kommt. Wir wollen die Klage zum Erfolg führen. Und wir drängen auf eine neue, gerechte Steuerpolitik zugunsten der Länder und Kommunen. In diesem Sinne haben wir nicht »das Sparen in Berlin mitgemacht«. Wir wollten es, weil es Voraussetzung für eine bessere Politik in der Stadt ist.

## **2. Manche sagen, die Linkspartei.PDS spart zulasten der Schwachen und Armen in der Stadt. Stimmt das?**

Der Bund und die anderen Länder sollen Berlin beim Abbau seiner Schulden helfen. Aber niemand will für Dinge zahlen, die er sich selbst nicht leisten kann. Deshalb musste Berlin in den letzten fünf Jahren an vielen Stellen sparen. Nur mit der Linkspartei.PDS wurden die schwierigen Entscheidungen auch sozial ausgewogen getroffen. Wir haben dafür gesorgt, dass schwache Schultern von Belastungen weitestgehend ausgenommen wurden und starke Schultern dafür mehr getragen haben. So war es bei der Einschränkung der Lernmittelfreiheit. Da zahlen Eltern in Berlin jetzt wie in anderen Bundesländern auch anteilig für Schulbücher maximal 100 Euro im Jahr. Aber auf Sozialleistungen angewiesene Familien sind davon ausgenommen. ALG-II-Empfänger, Bezieher von BAföG oder Leistungsempfänger nach Asylbewerberleistungsgesetz erhalten Schulbücher weiter ausgeliehen. Auch Blindengeld wird in der Stadt weiter gezahlt. Bevor auf Hilfe beim Schuldenabbau geklagt wurde, gab Berlin dafür bundesweit das meiste aus. Einige Länder zahlten dagegen gar nichts. Und auch jetzt gewährt das Land Berlin Blinden höhere Beiträge als die meisten Bundesländer. Neben Blinden erhalten auch hochgradig Sehbehinderte und Gehörlose 468 Euro Blindengeld, und zwar vom Einkommen unabhängig und unabhängig davon, ob sie minder- oder volljährig sind. Unsere Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner hat durchgesetzt, dass das Blindengeld weder abgeschafft noch auf 266 Euro Brandenburger Niveau gesenkt wurde.

### **3. Warum wurde bei Bildung und Kultur nicht noch »was draufgelegt«, sondern auch gespart?**

Kultur, Wissenschaft, Forschung und Bildung sind für die Linkspartei.PDS die wichtigsten Zukunftsfelder Berlins. Da mehr draufzulegen, wäre prima, doch gegenüber den anderen Bundesländern nicht zu rechtfertigen. Denn aufgrund seiner Teilung verfügt Berlin über viele Angebote oft doppelt oder mehrfach. Kultur- und Wissenschaftssenator Thomas Flierl hat gezeigt, dass beides geht – Sparen und trotzdem Luft für Neues schaffen. Dazu hat er stärker als zuvor den Bund in die finanzielle Verantwortung genommen. Und er ist nicht wie Senatoren vor ihm mit dem Rasenmäher über Förderprogramme für Jugendkultur, Migrantinnen und Migranten oder die Freie Szene gegangen, sondern hat sich um Veränderungen in den großen Einrichtungen gekümmert. So gibt Berlin bis 2007 insgesamt zwar 28 Millionen Euro weniger für Kultur aus. Dies wird aber ausgeglichen, weil der Bund nun für die Akademie der Künste, das Filmhaus am Potsdamer Platz oder den Hamburger Bahnhof zahlt. Auch dass die drei Opernhäuser Berlins jetzt in einer Stiftung besser zusammenarbeiten, spart, sodass keines geschlossen zu werden brauchte. Weil die bestehauptstädtische Kulturlandschaft wenig nützt, wenn sie für viele Berlinerinnen und Berliner unbezahlbar bleibt, hat Senator Flierl mit den Berliner Bühnen, Opern- und Konzerthäusern vereinbart, dass ALG-II-Bezieher mit einem 3-Euro-Ticket am kulturellen Leben Berlins teilhaben können. Außerdem wurde gemeinsam mit den Bezirken beschlossen, dass künftig die öffentlichen Bibliotheken Berlins all jenen kostenlos zugänglich sind, die von Arbeitslosengeld oder anderen Transferleistungen leben müssen.

#### **4. Was Bildung betrifft, scheint sich aber kaum was zu verbessern. Bei PISA und anderen Vergleichen schneidet Berlin ziemlich schlecht ab.**

Was bei Bildungsvergleichen tatsächlich erschüttert, ist der große Abstand, der zum Beispiel zwischen Deutschland und erfolgreichen Bildungsnationen wie Finnland besteht. Daran gemessen ist der Abstand zwischen Berlin und Bayern gering. Auch Bayern, das außerdem viel weniger Schüler als Berlin zum Abitur führt, hinkt Skandinavien meilenweit hinterher. Allein mit Verbesserungen im bestehenden Schulsystem ist diese Kluft nicht mehr zu schließen. Die Linkspartei.PDS setzt sich deshalb für ein integratives Schulsystem nach skandinavischem Vorbild ein. Kinder sollen länger mit- und voneinander lernen. Egal, ob Eltern mehr oder weniger gebildet, ob sie reich oder arm sind – jedes Kind soll individuell gefördert und gefordert werden. Natürlich müssen die Schulen dazu nicht nur mit genügend Lehrerinnen und Lehrern, sondern auch mit Sozialpädagogen, Psychologen, Bildungswegberatern, Lehramtsstudierenden und mit medizinischem Personal ausgestattet werden. Das ist möglich, weil in Berlin in den nächsten Jahren die Schülerzahlen stark zurückgehen. Da muss für Bildung nichts obendrauf gelegt, aber das vorhandene Geld muss besser eingesetzt werden. Sitzenbleiben kostet sehr viel mehr als rechtzeitige Förderung. In den Kitas und in den Grundschulen der Stadt hat sich inzwischen viel bewegt. Die Linkspartei.PDS wirbt dafür, dass Kinder, die jetzt in die Schule kommen, nach ihrer Grundschulzeit 2011/2012 nicht mehr auf Haupt-, Realschulen oder Gymnasien aufgeteilt werden, sondern in einer integrativen Schule erfolgreich die 10. Klasse oder darüber hinaus einen gymnasialen Abschluss machen können.

## **5. Warum erhöht Rot-Rot nicht die Berliner Einnahmen, anstatt bei den Ausgaben zu kürzen?**

Die Steuerhoheit liegt nahezu ausschließlich beim Bund, jedenfalls wenn es um die großen Summen geht. Die Bundesländer haben somit nur wenig Einfluss auf ihre Steuereinnahmen. Sie könnten zum Beispiel die Erbschaftssteuer, die Kfz-Steuer oder die Biersteuer erhöhen. Die großen Steuern indes wie die Vermögens- oder Mehrwertsteuer werden durch die Bundespolitik festgelegt. Aktuell übrigens mit fatalen Folgen. So hat allein die rot-grüne Steuerreform das Land Berlin mehr an Einnahmen gekostet als der ganze Berliner Bankenskandal. Und die nunmehr beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer wird sich nach Ansicht der Linkspartei.PDS Berlin ebenfalls negativ auswirken. Sie bindet Kaufkraft, schwächt damit den Binnenmarkt und könnte somit weitere Arbeitsplätze kosten. Deshalb haben die rot-rot-regierten Länder im Bundesrat auch ihre Zustimmung verweigert. Zu alledem kommt ein komplizierter Finanzausgleich zwischen den Bundesländern und dem Bund. Wenn Berlin aus eigener Kraft mehr Steuern einnimmt, wofür die Linkspartei.PDS Berlin prinzipiell ist, greift ein Verrechnungsmodus. Die Mehreinnahmen wären daher nicht gleichzusetzen mit dem erhofften Gewinn.

Aus all diesen Gründen musste der überschuldete Landeshaushalt vor allem über die Ausgabenseite saniert werden. Mit diesem Vorsatz hat sich die PDS Berlin 2001 zur Wahl gestellt. Das wurde – dank Linkspartei.PDS – mit sozialem Augenmerk geschafft. Berlin hat wieder einen ausgeglichenen Primärhaushalt.

## **6. Auf der Straße protestiert die Linkspartei.PDS gegen Hartz IV, im Senat setzt sie es um. Ist das kein Widerspruch?**

Nein, das ist vernünftig. Die Linkspartei.PDS war auf allen Ebenen und in allen Funktionen gegen Hartz IV, auch in der Berliner Landesregierung. Denn die sogenannte Arbeitsmarktreform löst keine Probleme. Im Gegenteil: Sie mehrt sie und sie läßt sie bei den Betroffenen ab. Zugleich haben wir uns immer für die Betroffenen engagiert, als Partei vor Ort und als Linkspartei.PDS im Senat. Das hat im rot-roten Berlin zu Lösungen geführt, die ihresgleichen suchen. Die »Wohnregelung« für Arbeitslosengeld-II-Empfangende wurde – dank Senatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei.PDS) – so gefasst, dass erzwungene Massenumzüge ausbleiben. Die BVG bietet – dank Senator Harald Wolf (Linkspartei.PDS) – wieder ein Sozialticket für Bus und Bahn an, das es so preiswert in keiner vergleichbaren Region gibt. Und mit dem 3-Euro-Ticket können – dank Senator Thomas Flierl (Linkspartei.PDS) – ALG-II-Empfangende und andere Bedürftige wieder ins Konzert, ins Theater, in die Oper gehen. Außerdem werden auch Arbeitslose, die laut »Hartz IV« keine Leistungen mehr beziehen, durch spezifische landespolitische Arbeitsmarktprogramme gefördert. Natürlich kann eine Landesregierung eine schlechte Bundespolitik nicht ins Gute verkehren.

Hartz IV ist eine schlechte Antwort auf die Frage, wie man der Massenarbeitslosigkeit Herr werden kann. Umso mehr ist die Linkspartei.PDS auch gegen die Verschärfungen von Hartz IV, die derzeit von der Bundesregierung angestrebt werden.

## **7. Stimmt es, dass wegen Hartz IV Tausende von Menschen in Berlin gezwungen werden umzuziehen?**

Nein! Eine aktuelle, dem Parlament vorgelegte Untersuchung besagt, dass es in Berlin keine Massenumzüge gibt. Demnach liegt die Zahl der Betroffenen deutlich unter einem Prozent aller ALG-II-Empfangenden und damit auch weit unter dem Bundesüblichen.

Richtig ist: Die Bundesregierung hat die Wohnbedingungen für Hartz-IV-Betroffene prinzipiell normiert. Das hat die Befürchtung genährt, dass viele Langzeitarbeitslose ihre gewohnte Wohnung räumen müssen, weil sie zu teuer ist. Dagegen hat die Berliner Linkspartei.PDS, federführend unsere Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner, eine Regelung gesetzt, die genau das verhindert.

Die Zahlen zeigen: Bislang wurde bei lediglich 5.404 der rund 270.000 Haushalte von ALG-II-Empfangenden eine Überschreitung der Berliner Richtwerte der Brutto-Warmmieten festgestellt. Das bedeutet aber mitnichten, dass es 5.404 Zwangsumzüge gibt. Jeder Einzelfall wird nach den Richtlinien der »AV Wohnen« danach geprüft, ob ein Härtefall oder ein Ausnahmetatbestand vorliegt: zum Beispiel für Alleinerziehende, für Schwangere, für Familien mit Kindern, für Menschen mit Behinderungen oder über 60-Jährige.

Die zuständigen Job-Center sind obendrein verpflichtet, in jedem Fall eine Wirtschaftlichkeitsprüfung vorzunehmen. Denn ein erzwungener Umzug kann unter dem Strich mehr kosten als ein Verbleib in der lediglich formal überteuerten Wohnung.

## **8. Was tut die Berliner Linkspartei.PDS eigentlich für mehr Arbeitsplätze?**

Allen CDU-Unkenrufen zum Trotz sind keine Unternehmen aus der Stadt geflüchtet, nur weil die Linkspartei.PDS hier mitregiert. Stattdessen gab es viele interessante Ansiedlungen, aus denen Arbeitsplätze entstanden sind. Medien, Film, Musik und Mode sind neben dem Tourismus wachsende Branchen, und auch etablierte Unternehmen wie Berlin Chemie und BMW entwickeln sich gut. Ein Grund dafür ist: Linkspartei.PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf schaffte, was vor ihm immer alle nur versprochen hatten. So gibt es eine zentrale Anlaufstelle für Investoren. Unternehmen wird außerdem durch die »ZAK« bei der Suche nach Gewerbegrundstücken und in Genehmigungsverfahren geholfen. Die Investitionsbank IBB wurde zu einer Landesförderbank umstrukturiert. Mittelständische und kleine Unternehmen sowie Genossenschaften erhalten dort einfacher Zugang zu Förderprogrammen. Auch in der Ausländerbehörde hat eine neue »Willkommenskultur« für Unternehmen Einzug gehalten. Und erstmals seit der Vereinigung hat ein zuständiger Senator begonnen, im Dialog mit Gewerkschaften und Unternehmen eine systematische Industriepolitik zu entwickeln. Gleichwohl gab es auch schlechte Nachrichten, etwa die Schließung bei Samsung oder CNH. Die Linkspartei.PDS hat dies nie widerstandslos hingenommen und sich stets mit den Beschäftigten solidarisiert. Im Falle CNH konnten die Beschäftigten mit dem längsten Streik Berlins immerhin gute Sozialpläne vereinbaren. Harald Wolf besteht außerdem darauf, dass das Unternehmen die Landesfördermittel an Berlin zurückzahlt.

## **9. Es heißt, die Linkspartei.PDS sei nicht konsequent gegen Privatisierungen?**

Die Linkspartei.PDS ist die einzige Partei im Berliner Abgeordnetenhaus, die prinzipiell dagegen ist, städtische Betriebe zu privatisieren. Und zwar immer dann, wenn diese für die »öffentliche Daseinsvorsorge« da sind – also Verkehr, Gesundheit, Energieversorgung, Bildung, Stadtreinigung usw. Das ist keine ideologische Frage, sondern ein politisches Credo. Denn nur, wenn diese Betriebe in öffentlicher Hand sind, können sie der reinen Kapitallogik entzogen und politisch gesteuert werden. Das ist wichtig für das Gemeinwesen, für die soziale Stadt Berlin. Deshalb ist die Linkspartei.PDS Berlin auch dagegen, die Wohnungsgesellschaften zu verkaufen, um mit dem Erlös Schulden zu tilgen.

Das Nein zur Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge hat aber auch eine Kehrseite, die von Linken gern ausgeblendet wird. Denn es darf kein Freibrief für Misswirtschaft sein. Auch Verkehrsbetriebe, Wohnungsgesellschaften oder Krankenhäuser müssen wirtschaftlich effektiv arbeiten. Schließlich geht es um Gebühren oder Steuergelder, die von den Berlinerinnen und Berlinern bezahlt werden. Deshalb hat die Linkspartei.PDS Berlin, vor allem Wirtschaftssenator Harald Wolf, in der ablaufenden Legislatur viel Kraft investiert, damit die Geschäfte der öffentlichen Betriebe transparent werden. Mit Erfolg. So musste die BSR zum Beispiel Müllgebühren in Millionenhöhe an Bürgerinnen und Bürger zurückzahlen, die sie vordem unberechtigt erhoben hatte.

## **10. Warum wurde die Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe nicht rückgängig gemacht?**

Die Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe geschah gegen den ausdrücklichen Willen der Linkspartei.PDS zu Zeiten der Großen Koalition durch die CDU und die SPD. Der Kaufvertrag sah obendrein eine Gewinngarantie für den Käufer vor. Das war ein weiteres Ding aus dem Tollhaus. Und das führt unter anderem dazu, dass die Wasserpreise immer weiter steigen. Nun gilt – auch für die Linkspartei.PDS: Vertrag ist Vertrag. Theoretisch gäbe es die Möglichkeit, die Wasserbetriebe zurückzukaufen, aber eben nur theoretisch. Denn erstens betrug der Verkaufspreis der Wasserbetriebe 1,7 Milliarden Euro. Die hat das Land Berlin bekanntlich nicht flüssig. Und zweitens müsste der Vertrag im Einvernehmen mit dem privaten Käufer gelöst werden. Der ist aber auf der Gewinnerseite und dürfte daher wenig Neigung zeigen, auf seinen Extraprofit zu verzichten. Trotzdem prüft die Linkspartei.PDS weiterhin alle Möglichkeiten, die unsägliche Privatisierung der Wasserbetriebe rückgängig zu machen.

Unabhängig davon arbeitet Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei.PDS) an Modellen, bei denen die Wasserpreise nicht so gravierend steigen, wie damals von der CDU und der SPD vereinbart wurde, und bei denen die Lasten für die Bürgerinnen und Bürger gerechter verteilt werden können.

## **11. Stimmt es, dass der Verkauf der Wohnungsgesellschaft Mitte WBM nur auf die Zeit nach den Wahlen verschoben wurde?**

Wohnraum gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Berlin braucht nach Auffassung der Linkspartei.PDS einen hinreichenden Bestand an kommunalen Wohnungen. Nur so lässt sich die soziale Stadt politisch und strukturell gestalten. Vor diesem Hintergrund hat die Linkspartei.PDS Berlin die geplante Privatisierung riesiger Wohnungsbestände gestoppt. Es bleibt bei der Veräußerung von 1.700 Wohnungen der Wohnungsgesellschaft Mitte (WBM) in der Dammweg-Siedlung. Darüber hinaus soll einer kommunalen Wohnungsgesellschaft – vorgeschlagen wurde die HOWOGE – die Möglichkeit eingeräumt werden, 1.300 Wohnungen aus dem Bestand der WBM zu erwerben. Die Wohnungen bleiben damit Eigentum der öffentlichen Hand.

Allein mit diesem Privatisierungs-Stopp ist aber das eigentliche Problem noch nicht gelöst. Die WBM – und nicht nur diese Wohnungsgesellschaft – ist aus verschiedenen Gründen vom Konkurs bedroht. Und Konkurs könnte heißen: Privatisierung durch die Hintertür. Das will die Linkspartei.PDS Berlin nicht. Zuständig ist das Senatsressort Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr, also derzeit die SPD. Aber auch die Linkspartei.PDS wird sich künftig stärker für ein Gesamtkonzept engagieren, um das strukturelle Defizit bei den Berliner Wohnungsgesellschaften aufzulösen.

## **12. Warum hat die Linkspartei.PDS ein Volksbegehren zur Bankgesellschaft und damit mehr Demokratie unterbunden?**

Das Volksbegehren wurde nicht von der Linkspartei.PDS Berlin, sondern vom Gericht gestoppt. Es zielte auf einen Eingriff in die Haushaltshoheit des Landesparlaments. Und das durfte nach geltendem Recht nicht sein.

Die Linkspartei.PDS Berlin hat sich indes erfolgreich dafür eingesetzt, dass es nach fünf Jahren Rot-Rot in Berlin erheblich mehr Demokratie gibt als vordem.

In den Bezirken wurden Volksabstimmungen ermöglicht. Das Wahlalter für Bezirksverordnetenversammlungen wurde auf 16 Jahre gesenkt. Und in Bezirken mit Mehrheiten der Linkspartei.PDS wurden Bürgerhaushalte aufgestellt.

Zugleich wurde im Berliner Abgeordnetenhaus der Weg für mehr Demokratie auf Landesebene freigemacht. Die Hürden für Volksentscheide wurden herabgesetzt, die Fristen verlängert und die Ausnahmebestände, die eine Volksabstimmung ausschließen, verringert. Damit hat das Land Berlin im Vergleich mit den anderen Bundesländern die »rote Laterne« abgegeben. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten Rechte, die ihnen als Souverän zustehen. Auch das unterscheidet Rot-Rot in Berlin von der Bundespolitik.

Nun liegt es an den Wählerinnen und Wählern. Sie können am 17. September 2006, am Wahltag, per Volksentscheid dafür stimmen, dass die Berliner Verfassung entsprechend geändert wird und dieses Mehr an Demokratie auch auf Landesebene in Kraft tritt.

### **13. Warum hat die Linkspartei.PDS der Bankgesellschaft Berlin Milliarden hinterhergeworfen?**

Zur Erinnerung: Die Bankgesellschaft war ein Finanz-Kapital-Immobilien-Geschäftsgeflecht, das zum Übelsten gehörte, was es in der Geschichte der Bundesrepublik je gegeben hat. Motor war der Größenwahn der Großen Koalition aus CDU und SPD. Die Bankgesellschaft stand in den Jahren 2001/02 vor dem Bankrott und die Linkspartei.PDS damit vor zwei Möglichkeiten: Entweder die Bank pleitegehen zu lassen. Dann hätte Berlin umgehend für Kredite, die seine Landesbank am Kapitalmarkt aufgenommen hat, einstehen müssen. Geschätztes Volumen 20 bis 30 Milliarden Euro. Zudem wären auf einen Schlag über 10.000 Arbeitsplätze vernichtet worden, weil viele kleine Unternehmen ihren Kreditgeber verloren, zumeist keinen neuen gefunden hätten und pleitegegangen wären. Oder den Bankrott der Bank abzuwenden, indem das Land die Risiken auffängt und der eingetretene Schaden nach und nach abgearbeitet wird. Das wird den Steuerzahler insgesamt rund 6 Milliarden Euro kosten. Durch die Sanierung der Bank und ihren anschließenden Verkauf versucht Berlin, wenigstens einen Teil der Milliarden wieder einzunehmen.

Die Linkspartei.PDS hat deshalb für die Risikoabschirmung gestimmt.

## **14. Warum will der Berliner Senat die Sparkasse verkaufen?**

Nach dem Bankenskandal stand die Bankgesellschaft – und damit auch die Sparkasse – faktisch vor der Insolvenz. Um sie überhaupt zu retten, musste eine milliarden schwere staatliche Beihilfe durch den Senat gewährt werden. Diese Risikoabschirmung wurde durch die EU-Kommission allerdings nur unter der Bedingung genehmigt, dass bis 2007 die Bankgesellschaft mit ihren Tochterunternehmen – also inklusive Sparkasse – verkauft wird. Der Verkauf, so verlangt die EU, muss ohne Einschränkungen erfolgen. Derzeit laufen die Verhandlungen noch. Setzt sich beim Kauf der Sparkassenverband durch, würden wir das sehr begrüßen. Es kann aber auch sein, dass Privatbanken das beste Angebot abgeben.

Die Linkspartei.PDS hat deshalb mit dem Berliner Sparkassengesetz vorgebeugt. Dort ist unter anderem festgelegt, dass die Aufgabe der Sparkasse darin besteht, das Sparen zu fördern und die Bankgeschäfte der einfachen Leute wie der kleinen und mittelständischen Unternehmen zu ermöglichen. Reine Gewinnerzielung ist ausdrücklich nicht Hauptzweck. Dies gilt auch nach einem Verkauf. Genauso wie die Pflicht zur Einrichtung von Konten auch für sozial Schwächere. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass zum Beispiel die Kontoführungsgebühren der Sparkasse schon jetzt zu den höchsten in der Stadt gehören, dass also u. a. bei Genossenschaftsbanken zum Teil bereits bessere Konditionen bestehen.

Doch unabhängig davon, wer neuer Eigentümer wird – mit dem Gesetz ist außerdem gesichert worden, dass der Senat im Interesse Berlins Einfluss nehmen kann.

## **15. Warum hat der hessische CDU-Wirtschaftsminister Riehl Strompreiserhöhungen abgelehnt, nicht aber PDS-Senator Wolf?**

Der hessische Wirtschaftsminister hat entgegen öffentlichen Ankündigungen noch keine Entscheidung über die Strompreise für Endverbraucher getroffen. Seine Entscheidung ist nur aufgeschoben. Denn auch er kommt an zwei Dingen nicht vorbei: Erstens diktieren vier Energiemonopole – RWE, EON, EnBW und Vattenfall – mit ihrer Unternehmenspolitik in der ganzen Bundesrepublik die Preise. Zweiter Preistreiber sind die überhöhten Netznutzungsentgelte, also das, was der Besitzer und Betreiber des Leitungsnetzes dafür verlangt, dass Strom durch dieses Netz geleitet wird.

Dass die Stromriesen Produktion, Netzbetrieb und Vertrieb völlig getrennt voneinander rechnen dürfen, hat die Bundesregierung mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes ausdrücklich gewollt. Quersubventionen zwischen diesen Bereichen in einem Konzern sind sogar untersagt. So ist es möglich, dass Vattenfall mit Produktion und Netzbetrieb Rekordgewinne einfährt, dies aber als Kosten dem Vertrieb in Rechnung stellt. Das macht die Verbraucher wütend, denn sie müssen das über höhere Stromkosten bezahlen. Um dennoch Entlastungen zu erreichen, hat Harald Wolf die neuen Tarife von Vattenfall nur mit Abstrichen genehmigt. So musste Vattenfall gleichzeitig die Auflage schlucken, gesenkte Netzentgelte direkt an die Kunden weiterzugeben. Das geschah jetzt schon rückwirkend zum 3. Mai in einem ersten, kleinen Schritt. Durch die weitere Senkung der Netzentgelte, für die sich Linkspartei.PDS einsetzt, wird eine weitere Preissenkung für Elektroenergie zu erwarten sein.

## **16. Warum kostet das Sozialticket jetzt mehr als früher?**

Das Recht auf Mobilität für jeden, egal, ob er reich oder arm ist, ist ein Grundrecht, für das die Linkspartei.PDS eintritt. Um dies zu garantieren, erhalten die Berliner Verkehrsbetriebe vom Land Berlin 500 Millionen Euro jährlich an Zuschüssen. 2003 entschied der Senat, um die Klage Berlins zum Schuldenabbau in Karlsruhe zu unterstützen, die Zuwendungen an die BVG um 17 Millionen Euro zu kürzen. Die BVG strich daraufhin ihr Angebot für ein Sozialticket. Auch das Arbeitslosen- und das Senienticket wurden zum Januar 2004 abgeschafft.

Diese Entscheidung haben wir nicht hingenommen. Die Linkspartei.PDS-Senatorin Heidi Knake-Werner und Senator Harald Wolf suchten das Gespräch mit der BVG über die Wiedereinführung eines Sozialtickets. Es ging darum, die BVG zu bewegen, auch ohne Sonderzuschüsse des Landes ein Sozialticket anzubieten. Nach langen und zähen Verhandlungen konnte erreicht werden, dass es ab dem 1. Januar 2005 wieder ein Sozialticket gibt, zum halben Preis einer Umweltkarte. Damit ist das Sozialticket zwar teurer geworden, gleichzeitig konnte aber der Kreis der Anspruchsberechtigten deutlich erweitert werden. Anders als in anderen Städten der Bundesrepublik haben in Berlin auch ALG-II-Empfangende ein Anrecht auf ein Sozialticket. Zugleich werden wir weiter daran arbeiten, dass die BVG das Sozialticket künftig zu einem niedrigeren Preis als bisher anbietet.

## **17. Wieso hat die Linkspartei.PDS zugelassen, dass Berlin aus dem Flächentarifvertrag des öffentlichen Dienstes ausgestiegen ist?**

Der Berliner Sonderweg umfasst zwei Etappen. Mitte der 90er Jahre hatte der CDU-SPD-Senat die Gehälter Ost an das geltende West-Niveau angenähert. Das war naheliegend, aber gegen den Bundestrend. Daher wurde Berlin aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgeschlossen. 2002 bot Rot-Rot den Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Solidarpakt an. Mit ihm sollten – unter den Bedingungen der »Haushaltsnotlage« – Gehaltserhöhungen für eine vereinbarte Frist mit Freizeit abgegolten, betriebsbedingte Kündigungen verhindert, ein Einstellungskorridor eröffnet, Ausbildungsplätze geschaffen und eine weitere Ost-West-Angleichung ermöglicht werden. Leider gab es hierfür keine Zustimmung der Bundesgewerkschaften. Sie beharrten auf der »Potsdamer Vereinbarung«, die unter anderem die Beschäftigten in den neuen Bundesländern schlechter stellt. Diese Blockade führte zum Berliner Sonderweg.

Die Linkspartei.PDS Berlin hatte den abgeschlossenen Solidarpakt konzipiert und befördert. Zugleich strebt sie eine Rückkehr des Landes Berlin in einen besseren Flächentarifvertrag an. Denn ein Flächentarifvertrag ist prinzipiell richtig und wichtig, für die Gewerkschaften, für die Beschäftigten, für gleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Zugleich ist zu beachten, dass einige bundesweite Tarifregelungen derzeit schlechter ausfallen als die für die Berliner Beschäftigten.

## **18. Stimmt es, dass unter Rot-Rot die Armut, insbesondere die von Kindern, zugenommen hat?**

Durch Hartz IV und entsprechende Statistiken wurde erstmalig offensichtlich, wie viele Menschen tatsächlich mit geringen Einkommen leben müssen. Früher gab es die Sozialhilfestatistik und die Arbeitslosenstatistik, zusätzlich die Statistiken zum Wohngeld. Nur bei der Sozialhilfestatistik wurden auch die betroffenen Kinder ausgewiesen. Durch die Grundsicherung für Arbeitssuchende werden nun alle Kinder erfasst, die in Haushalten mit Arbeitslosengeld-II-Bezug leben. Damit wird erstmals deutlich, wie viele Kinder wirklich in Familien leben, die nur sehr geringe Einkommen haben. Berlin als Land und Kommune kann die Hauptursachen von Armut nicht beseitigen, aber die konkreten Auswirkungen in ihren Dimensionen abfedern und gegensteuern. Das Land nutzt deshalb seine Potenziale, um der Kinderarmut entgegenzuwirken.

Für Kinder armer Familien oder Alleinerziehender ist der Zugang zur Kita gesichert. Einkommensschwache wurden bei der Neuberechnung der Kitagebühren ausgenommen. Mit der Einführung der flexiblen Schuleingangsphase sollen armutsbedingte Unterschiede beim Schulstart überwunden werden, Eltern, die ALG II oder Sozialhilfe erhalten, zahlen für Schulbücher in Berlin auch weiterhin nichts dazu. Für eine wirksame Armutsbekämpfung ist es aber ebenso wichtig, dass das soziale Leben in der Stadt stabilisiert wird, der Wegzug von Familien mit Kindern eingedämmt werden kann, die Kieze der Stadt durch die Mitgestaltung des Lebens vor Ort stabilisiert werden. Auch die Förderung und Erhaltung von stabilen Kiezstrukturen wie Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern sind uns wichtig. Sie bieten zahlreiche Angebote für Familien mit Kindern.

## **19. Warum hat die Linkspartei.PDS die Erhöhung der Kita-Gebühren nicht verhindert?**

Die Berliner Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass jedes Kind, dessen Eltern es wollen, eine Kita besuchen kann. In Berlin und den neuen Bundesländern gibt es einen hohen Versorgungsgrad mit Kitaplätzen und auch mit Plätzen für die unter 3-jährigen. 90 Prozent der 3- bis 6-Jährigen gehen in Berlin in eine Kita. Über 95 Prozent sind es im Jahr vor der Einschulung. Mehr als 46 Prozent der unter Dreijährigen nutzen einen Krippenplatz und fast zwei Drittel aller Grundschul Kinder gehen in den Hort. Um diese Ausstattung gegenüber den Ländern rechtfertigen zu können, die kein so gutes Angebot wie wir haben, uns aber Geld dafür geben sollen, stand Berlin vor zwei Möglichkeiten: erstens, das Angebot einschränken oder zweitens, die Elternbeteiligungen erhöhen. Wir haben durchgesetzt, dass das gute Berliner Angebot erhalten bleibt. Auch Kinder von Arbeitslosen haben weiterhin einen Kita-Anspruch. Die Elternbeiträge wurden dafür sozial gestaffelt erhöht. Wir haben erreicht, dass Einkommensschwache – dazu zählen mehr als die Hälfte aller Berliner Familien – bei der Erhöhung der anteiligen Elternbeiträge ausgenommen wurden. Für Besserverdienende stiegen die Beiträge dagegen stärker.

In Berlin wurden Kitas durch Rot-Rot von Betreuungseinrichtungen zu Bildungseinrichtungen aufgewertet. Deshalb sollte der Kitabesuch perspektivisch auch beitragsfrei sein. Wir arbeiten daran, diese Beitragsfreiheit schrittweise zu verwirklichen. Ab 1. Januar 2007 werden in Berlin alle Kinder im letzten Jahr vor Schuleintritt beitragsfrei in die Kita gehen können.

## **20. Die Linkspartei.PDS sagt, die Wissenschaft sei wichtig für Berlin. Weshalb kürzt sie dann bei den Unis?**

Die Wissenschaftspolitik ist auf die langfristige Sicherung unserer Unis, Hoch- und Fachschulen angelegt. Mit Linkspartei.PDS-Senator Thomas Flierl an der Spitze wurden trotz Sparzwangs in Berlin Entscheidungen getroffen, die die Wissenschaft der Stadt stützen und fördern. Hochschulverträge, die über vier Jahre reichen (von 2006 bis 2009), gibt es in keinem anderen Bundesland. Dadurch haben auch die Unis eine Finanzierungs- und Planungssicherheit, die ihnen ermöglicht, die geforderten Einsparungen in Höhe von 75 Millionen Euro zu erbringen. Leistungsvergleiche zeigen, dass dies nicht zulasten der Qualität geht. Was zählt, sind die langfristigen Verträge. Konkret hat die Linkspartei.PDS erreicht, dass das Universitätsklinikum in Steglitz (UKBF) nicht geschlossen wurde, sondern mit der Charité fusionieren konnte und am Standort erhalten blieb. Die drei künstlerischen Hochschulen im Ostteil erhielten durch neue Verträge Planungssicherheit ebenso wie die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW) einen neuen Campus. Die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) wurde in eine öffentliche Hochschule des Landes Berlin umgewandelt. Die Zahl der Studienplätze an Fachhochschulen wird bis 2009 insgesamt um acht Prozent wachsen. Auch gibt Berlin für die außeruniversitäre Forschung nicht weniger, sondern mehr Geld aus als in früheren Jahren. Und nicht zu vergessen: Zusammen mit der dortigen Genossenschaft wurde das Studentendorf Schlachtensee für studentisches Wohnen erhalten.

## **21. Warum hat die Linkspartei.PDS nicht aufs Mitregieren verzichtet, bis die Bedingungen dafür besser sind?**

Die Berliner PDS hat zu den Wahlen 2001 mit dem Anspruch kandidiert, mitregieren zu wollen und den Regierenden Bürgermeister zu stellen. Dafür erhielt sie über 22 Prozent aller Stimmen. Berlin war damals in der größten Krise seit der Wiedervereinigung, es herrschte Wechselstimmung, der CDU-geführte Senat hatte abgewirtschaftet und eine Koalition aus SPD, FDP und Grünen kam nicht zustande. Die PDS stand also im Wort. Und sie bot die Gewähr, dass der bis dato herrschende Berliner Größenwahn beendet wird. Wir finden, dieses Versprechen hat die Linkspartei.PDS im rot-roten Senat erfolgreich und mit sozialem Augenmaß eingelöst.

Die Alternative zur rot-roten Koalition wird deutlich, sobald man die aktuellen Wahlprogramme vergleicht. So plädiert die FDP dafür, alle öffentlichen Betriebe zu verkaufen, die nicht niet- und nagelfest sind, und im öffentlichen Dienst alle zu entlassen, die nach Ansicht der Liberalen nicht zwingend gebraucht würden. Es wäre also politisch fahrlässig und gefährlich, den neoliberalen Parteien oder den »Hartz IV«-Koalitionären das Rote Rathaus zu überlassen.

Deshalb kämpft die Linkspartei.PDS Berlin 2006 erneut um eine Regierungsoption. Nach fünf Jahren Aufräumarbeiten nunmehr mit einem Aufbau- und Kontrast-Programm, das die Linkspartei.PDS klar von den Konkurrenzparteien unterscheidet.

## **22. Was enthält dieses »Kontrast- und Aufbau-Programm« für die nächsten Jahre?**

Die Linkspartei.PDS wird weiterhin die entschiedenste Berliner Partei für soziale Gerechtigkeit sein und sich obendrein für Demokratie und Bürgerrechte engagieren. Wir wollen gemeinsam mit allen Berlinerinnen und Berlinern eine weltoffene und tolerante soziale Stadt. Deshalb heißt unser Wahlslogan auch: »Berlin bewegt!« Aus dem Wahlprogramm seien drei Vorhaben besonders hervorgehoben:

Das Land und der Bund gibt Milliarden zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit aus. Die Linkspartei.PDS will stattdessen Arbeit in Würde finanzieren. Um dies zu erreichen, planen wir den Einstieg in einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). So könnten sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen, die von Dauer sind. So würde gesellschaftlich sinnvolle Arbeit ermöglicht.

Berlins Kinder haben eine bessere Schule verdient. Das dreigliedrige Schulsystem bringt soziale Ungleichheit und zugleich schlechtere Leistungen hervor. Deshalb wollen wir ein Schulsystem nach skandinavischem Vorbild, in dem alle Schülerinnen und Schüler länger mit- und voneinander lernen können.

In Berlin leben Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und sozialen Hintergründen. Diese lebendige Vielfalt macht den Reiz Berlins aus. Deshalb ist es eine wichtige politische Aufgabe, eine Stadt des Miteinanders und Zusammenhalts zu schaffen, also Integration statt Ausgrenzung.

»Öffentlicher Beschäftigungssektor«, »skandinavisch schlau« und »die soziale Stadt«, das sind drei Markenzeichen der Linkspartei.PDS.

Herausgeber:

Die Linkspartei.PDS Berlin – Landesvorstand

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Telefon: 030/24 00 92 89

Fax: 030/24 00 92 60

[www.linkspartei-berlin.de](http://www.linkspartei-berlin.de)

V.i.S.d.P.: Axel Hildebrandt

Berlin, Juli 2006

Für Ihre Wahlentscheidung empfehlen wir Ihnen weiterhin:  
Das Wahlprogramm der Linkspartei.PDS Berlin,  
das A-Z-Material der Linkspartei.PDS Berlin  
die Bilanzbroschüre »Fortsetzung folgt...« der Linksfraktion  
im Berliner Abgeordnetenhaus.



[www.linkspartei-berlin.de](http://www.linkspartei-berlin.de)